

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verleger: C. Garmas, Nummer 25 241
Für die Nachgelagerten: 2001.

Bezugs-Gebühr bei ständiger Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,-
Einzelnnummer M. 10,-, Sonntagsausgabe M. 12,-.
Anzeigen-Preise. Die tägliche 12 mm breite Zeile M. 20,-, außerorts Sachsend M. 25,-, Familien-
anzeigen und Stellenanzeigen unter Ausschluss jeder weiteren Reduktion M. 15,-.
Vorzugspreise laut Local-Anzeigeblatt für die Zeit gegen Vorzahlung.

Verantwortung und Korrespondenzstelle:
Mühlentorstraße 38/40.
Druck u. Verlag von E. J. & F. Schmidt in Dresden.
Postfach-Konto 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unrechtmäßige Schriftdrucke werden nicht aufbewahrt.

Senking-Sparherde
für Kleinwohnungen, Herrschaftshäuser und Großbetriebe, unübertroffen
in Leistung und Haltbarkeit bei bedeutender Kohlenersparnis.
Alleinvertkauf!

Chr. Garmas Inh.: W. Eckardt **Dr. Zwingerstr. 13**
Fernsprecher: 10202 Nähe Postplatz.

Kakao
Deutschmeister
wirklich
hervorragende Qualität

Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Bücher-Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kunst
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Moratorium für Ausgleichszahlungen?

Das Ergebnis der Berliner Verhandlungen.

Berlin, 23. Okt. Die Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Regierungen sind am Sonntag abgeschlossen worden. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichskommission haben ein Abkommen vereinbart, nach dem Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen zur Annahme vorgelegt. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage zu erfolgen haben. Die Regierung bereitet eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichszahlungen vor, die dem Reichstage nächstens vorzulegen werden soll. (W. Z. P.)

Die scharfen Gegenätze in der Reparationskommission.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Paris, 23. Oktober. Der „Excelsior“ veröffentlicht ein Interview mit einem Mitglied der Reparationskommission, dessen Inhalt recht wenig Aussicht dafür bietet, daß es innerhalb der Reparationskommission zu einer Einigung kommen werde. Das befragte Mitglied erklärte, die französische Delegation habe den formellen Antrag der kaiserlichen Regierung erhalten, sich jedem neuen Moratorium ohne Pländer zu widersetzen, insbesondere aber auch jedem Versuch einzuzustimmen, der darauf hinausgehe, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festzustellen. Sir John Bradburn erklärte, daß es in Deutschland keinerlei erkennbare Altruismus mehr gebe. Der französische Standpunkt geht dagegen dahin, daß für die Reparationen nicht nur das Vermögen des Reiches, sondern auch das der deutschen Bürger aufzukommen habe.

London, 23. Okt. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, in der Reparationskommission sei eine große Schlichtung über die einander widersprechenden Pläne Barthous und Bradburn im Gange. Der englische Berichterstatter habe nicht seine frühere Überzeugung verheißelt, daß, wenn nicht irgendeine entscheidende Aktion auf der von ihm angegebenen Grundlage unternommen werde, der Ruin bald erfolgen würde. Es würde nicht mehr lange eine Reparationsfrage geben, sondern wie im Falle Österreichs, nur noch die Frage, was die Alliierten im eigenen Interesse und im Interesse des Gemeinwohls Europas operieren sollten, bei der Aufgabe, Deutschland zu retten. Nach Ansicht der Engländer würde jeder Versuch der Kontrolle der deutschen Finanzen den Zusammenbruch nur beschleunigen. Dem Berichterstatter zufolge schließt es nicht an Ansichten, daß sowohl die Belgier, als auch die Italiener der französischen Auffassung stark zuneigen.

In der Sitzung am Sonntag war der Schwerpunkt der Ausführungen Bradburns, daß der Errichtung der von den Franzosen angelegten Kontrollmaßnahmen in juristisch-schwerwiegenden entgegenstünden, da die Befugnisse der Reparationskommission und des Garantiefondes streng beschränkt seien. In dem Mantel des Versailles-Vertrages werde ausdrücklich erklärt, daß sich die Kommission nicht in die innere Verwaltung Deutschlands einmischen könne. Der Reichstag der Delegierten vom 5. Mai 1920 habe diese Auslegung zu bestätigen. Es sei wahrlich, daß, wenn der französische Standpunkt stehe, die britische Delegation die Verantwortung für die von ihr nicht gebilligten Maßnahmen ablehnen werde. Das würde zu einer Schwächung der Stellung des Garantiefondes führen. (W. Z. P.)

Bonar Law endgültig Nachfolger Lloyd Georges.

London, 23. Okt. Die für heute einberufene Konferenz der unionistischen Partei wählte Bonar Law zum Führer. Bonar Law nimmt damit formell die Wahl zum Premierminister an.

Der Könige empfing heute Bonar Law, der den Auftrag zur Kabinettsbildung offiziell übernahm. Wie Reuters erzählt, hat Bonar Law dem Könige geraten, das Parlament aufzulösen. Die Auflösung wird voraussichtlich am Donnerstag verkündet werden. (W. Z. P.)

Das Programm Bonar Laws.

London, 23. Okt. Die Konferenz der Konservativen begann mit einer Rede Sir George Youngers, der die Wahl Bonar Laws zum Führer der konservativen Partei warm befürwortete. Darauf wurde die Wahl Bonar Laws von Lord Curzon vorgeschlagen und von Stanton Baldwin unterstützt. Sie erfolgte einstimmig. Bonar Law erklärte, die Herzie hätten ihm gesagt, daß er die Wahl eines Premierministers übernehmen könnte. Seine Politik lege er nur kurz dar. Als die führenden Punkte bezeichnete er: Weniger Abenteuer in den verschiedenen Teilen der Welt, eine feste Regierung, größeres Zusammenwirken mit den Alliierten. Bonar Law sagte noch, anscheinend Bezug nehmend auf die Tarifreform, es sei jetzt nicht die Zeit, um große Pläne vorzulegen, die für das Reich förderlich sein könnten, wenn sie ihm auch noch so sehr am Herzen lägen. Man müsse eine Periode der Ruhe statt hektischer Streitigkeiten erleben. Einzelheiten seines Programms werde er in seiner Rede am Sonntag in Glasgow mitteilen. — In der Konferenz nahm keiner der unionistischen Führer, die Lloyd George unterstützten, teil. Bonar Law gab jedoch seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Unionisten,

Bradburn für die französischen Kontrollmaßnahmen?

Paris, 23. Okt. Wie Havas mitteilt, führte die Reparationskommission heute nachmittags in offizieller Sitzung die Verhandlungen über das französische und englische Memorandum, insbesondere über die Vorschläge Barthous zur Kontrolle der deutschen Finanzen fort. Nach Angaben des „Temps“ hat es den Anschein, als ob Bradburn, wenn er auch das unabhägige Moratorium für unerlässlich erklärt, sich der französischen Auffassung hinsichtlich der sofort durchzuführenden Kontrolle anschließen werde. (W. Z. P.)

Ein neues Wirtschaftsprogramm des Reichskanzlers.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Berlin, 23. Okt. Der Reichskanzler wird, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, morgen zu einer größeren Rede im Reichstage das Wort ergreifen. In dieser Rede wird der Reichskanzler an den dringenden Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik Stellung nehmen. In der Vorbereitung, die Dr. Brüning heute abend mit den Parteiführern hatte, handelte die Wirtschaftspraxis bereits im Mittelpunkt der Erörterungen und es wurde besonders die Lage besprochen, die sich aus dem vorläufigsten Sturz der Mark ergibt. Von Seiten der Regierung wurde in diesem Zusammenhang betont, daß die deutschen Sachleistungen der alliierten deutschen Leistungen gegenübergestellt werden müßten. Dies sollte besonders von den Rohstofflieferungen. Darüber hinaus habe man jedoch eine Zusammenfassung aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte zur Hebung der schweren Krise für notwendig. Von der Durchführung dieses Programmes werde der Reichskanzler voraussichtlich sein Verbleiben im Amt abhängig machen.

Kabinettsberatungen über Devisenordnung und Marksturz.

Berlin, 23. Oktober. Heute vormittag trat die Reichsregierung zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der Devisenverordnung und insbesondere der Frage, wie dem Marksturz durch weitere Maßnahmen gesteuert werden könne, zu beschäftigen. An dieser Sitzung nahm eine Anzahl Sachverständiger teil. Zwischen den sozialistischen und konservativen Mitgliedern der Regierung scheinen sich starke Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Zweckmäßigkeit der Devisenverordnung herausgebildet zu haben. Die Sitzung dauerte den ganzen Vormittag über an. Heute vormittag empfing der Reichskanzler die Parteiführer im Reichstage zu einer Aussprache über die Devisenverordnung. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind im Reichswirtschaftsministerium weitere Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung in Bearbeitung, in denen jedoch die Beschlagnahme oder die Verkaufsaufnahme der vor Inkrafttreten der Devisenverordnung erworbenen ausländischen Zahlungsmittel nicht geübt werden soll. Dagegen sollen die Ausführungsbestimmungen gewisse technische Lücken der Verordnung zu schließen suchen und dann den Einwendungen gegen einzelne Bestimmungen der Devisenverordnung, soweit sie berechtigt sind, Rechnung tragen. Insbesondere soll eine Befreiung des Zahlungsvorbehalts für ausländische Devisen in solchen Fällen beschaffen sein, in denen der Einfuhrhändler importierte Waren an Fabrikationsobjekte zum Zwecke der Verarbeitung weiter veräußert. Auch eine Regelung der Devisenzahlung bei laufenden Verträgen scheint geplant zu sein.

die in der Sitzung im Carlton-Club für die Koalition stimmten, sich mit den unionistischen Führern zusammenschließen und als vereinigte Partei vor das Land treten würden. Er appellierte an alle Mitglieder der konservativen Partei, zusammenzuarbeiten, und erklärte, sie hätten sehr gute Aussicht, bei den nächsten Wahlen eine beträchtliche Mehrheit davonzutragen. (W. Z. P.)

Gründung einer deutsch-russischen Handelsgefellschaft.

Wladkau, 21. Okt. Wie die Russische Telegraphenagentur meldet, sei durch ein von Lenin unterzeichnetes Dekret des Rates der Volkskommissare ein Vertrag mit dem deutschen Konsortium Otto Wolff, welcher einige große deutsche Industriewerke, darunter Pöhlitz, Rheinthal u. a. vereinigt, befristet worden. Nach dem Vertrage werde eine russisch-deutsche Handelsaktiengesellschaft mit einem Kapital von 200 000 Goldrubel gegründet, welche die Handelskonzeption für Import und Export erhält. Das Konsortium gemäße der neuen Gesellschaft einen Warenkredit von 7,5 Millionen Goldrubel, an die Regierung außerdem 5 Millionen. Bei der Zusammenfassung des Ausschusses der gemischten Gesellschaft verließen beide Parteien auf die Majorisierung, 50 v. D. des Aktienkapitals sollen in deutschen, 50 v. D. in russischen Händen sein. Der Gewinn wird derart verteilt, daß bis zu 10 v. D. des Aktienkapitals als Dividende und weitere 40 v. D. zu gleichen Teilen verteilt werden.

Dollar (Amtlich): 4085
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 4055

Der Milliardenenteufel von Versailles.

Nach einem uraltten, bei allen Völkern verbreiteten Glauben soll es Dämonen geben, welche die Menschheit plagten. In der Gegenwart hat die Fährnis dieser bösen Geister der Milliardenenteufel von Versailles übernommen, den die holligen Weltverderber auf die besiegten Staaten losgelassen haben und der unser schwer geprüftes, von so viel Trübsal heimgesuchtes Deutschland fest in den Krallen hält. Wir sind bereit geraten sind, jetzt die vor einigen Tagen gegebene offizielle Erklärung zu der Erhöhung der Kreditermäßigung für den Reichsfinanzminister. Daraus geht hervor, daß die auf Grund des Moratoriums vom 21. März 1922 zu bewirkenden Barzahlungen und Sachleistungen, die nach dem ursprünglichen Umrechnungsverhältnis 151,9 Milliarden Papiermark ausmachten, inzwischen auf das Zehnfache, also auf 1519 Milliarden, erhöht werden müßten. Genau eine Woche ist seitdem verstrichen, und diese kurze Spanne hat genügt, um die Summe noch weiter bis zu schwindelerregender Höhe emporzutreiben. Gegenüber solchen Verhältnissen, denen die Vorstellung nicht mehr zu folgen vermag, verliert man die Fassung; man hat das Gefühl, daß alles wankt und stürzt, und sucht vergeblich inmitten des Zusammenbruchs nach einem schützenden Fels. Und dabei handelt es sich hier bloß um einen Teil der gegen Deutschland geübten Gesamterpressung, nur um die Barzahlungen und Sachleistungen, zu denen dann noch die erheblichen Ausgleichszahlungen und die unfinnig hohen Besatzungskosten kommen, die sich im Oktober 1921 bereits auf 4 1/2 Milliarden Goldmark belaufen. Angesehen eines so ungeheuerlichen Zahlungsaufwands, dessen kulturwidrige Wirkung sich in dem Darniederliegen der gesamten Weltwirtschaft offenbaren, ist es von größter Wichtigkeit, daß jeder Deutsche sich völlig klar darüber wird, was bisher bereits aus unserem nationalen Wirtschaftskörper herausgehunden worden ist und was noch weiter von uns gefordert wird. Ein kommerzielles Organ, die „Industrie- und Handelszeitung“, hat sich das Verdienst erworben, aus den einzelnen verstreuten gelegentlichen amtlichen Mitteilungen eine übersichtliche Darstellung darüber zu geben, was sowohl an direkten wie an indirekten Leistungen bislang von deutscher Seite aufgebracht worden ist. Die direkten Leistungen umfassen die Sachleistungen, die Barzahlungen, die Besatzungskosten, die Auslandschäden, die Kolonialschäden, unsere Verluste von Ansprüchen an unsere Kriegsverbündeten und das deutsche liquidierte Eigentum im Ausland. Die einzelnen Posten sind genau beziffert, und als Gesamtsumme ergeben sich 28 1/2 Milliarden Goldmark. Die indirekten Leistungen betreffen auf dem dauernden Verlust der landwirtschaftlichen und industriellen Produktionskraft unserer Kolonien, auf der Einbuße Elbst-Verbringens, des Saargebietes, Schleswigs, des Polen zugesprochenen Teiles Oberschlesiens, Westpreußens, Posen, Danzig und des Memelgebietes. Im englischen Unterhaus veranschlagte Sir Mitchell Thomson beim Abschluß des Waffenstillstandes allein den Wert Elbst-Verbringens und der Schutzgebiete auf 15 Milliarden Pfund Sterling gleich 200 Milliarden Goldmark. Weiter ergeben sich dauernde Verluste des deutschen Volkvermögens durch die zwangsweise Verführung deutschen Kriegsmaterials, aus dem Aufkauf deutscher Werte und Grundstücke durch Ausländer in Verbindung mit der Auspoisierung des Warenmarktes, aus der Verminderung der deutschen Produktionskraft durch das gewaltige Anziehen der Steuerlasten, aus der Notwendigkeit, infolge der Begehrte der Handelsflotte hohe Frachten für die Beförderung deutscher Waren an ausländische Reedereien zahlen zu müssen, sowie endlich aus der dauernden Wertverminderung der Mark, die eine Folge der unfinnigen Reparationsverpflichtungen ist. Diese indirekten Leistungen sind, wenn man sie auch nicht unmittelbar in bestimmt abgegrenzten Geldsummen zum Ausdruck bringen kann, noch viel umfangreicher, als die zahlenmäßig greifbaren Barzahlungen und Sachleistungen aus dem Friedensvertrage. Hiernach ist die im Londoner Ultimatum festgesetzte deutsche Reparationsschuld in Höhe von 132 Milliarden Goldmark tatsächlich schon längst getilgt. Wenn nur noch ein bloßes Vernunft, Billigkeit und Gerechtigkeit beim Feindverhandeln vorhanden wäre, sollte man meinen, daß unsere Feinde endlich zu der Einsicht hätten kommen müssen, es sei nun genug des grausamen Spiels, und der Milliardenenteufel müsse gebannt werden, um seine verderbende Wirksamkeit einzustellen. Statt dessen will man uns die 132 Goldmark Milliarden noch einmal abzwacken, und wenn der Marksturz in den Abgrund unsere völlige Erschöpfung bis zum Weisbluten befördert, so weiß Poincaré nichts Besseres zu tun, als uns die absichtliche Verschlechterung der Mark voranzutreiben, die wir angeblich betreiben sollen, um unseren Bankrott vorzuzudecken und uns dadurch um weitere Zahlungen herumzudrücken.

Man kann den hellen Bahnweg solcher ins Abgrunde gehenden Forderungen nicht drastischer kennzeichnen, als durch eine Beleuchtung der weltwirtschaftlichen Wirkungen, die ein verblendetes Beharren auf der Versailles Gewaltpolitik zeitigen müßte. Die deutschen Sachverständigen des Auslandsrates haben berechnet, wie hoch unsere Ausfuhr gesteigert werden müßte, um die uns aberlangten Summen in vollem Umfange aufzubringen. Das Ergebnis ist, daß unsere durch den Krieg und seine Folgen in ihren Grundlagen erschütterte Wirtschaft eine Ausfuhr von vierzig